Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 1. September	Nr. 1135

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES SEP 193 LIBRARY

Beileid des Führers zum Grubenunglück.

Berlin, 1. September. Der Führer und Reichskanzler hat an den Betriebsführer der Zeche „Vereinigte Präsident", Bochum, folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„In tiefer Trauer über die Nachricht von dem schweren Grubenunglück bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der Toten meine herzlichste Anteilnahme und den Verletzten meine aufrichtigen Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung zu übermitteln. Als erste Hilfe für die Opfer dieser Katastrophe, stelle ich den Betrag von 20 000 RM zur Verfügung.

Adolf Hitler."

25 Tote auf Zeche „Vereinigte Präsident".

Bochum, 1. September. Die Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Vereinigte Präsident" in Bochum hat 25 Tote und 18 Verletzte gefordert. Zwei Bergknappen werden noch vermißt.

Am Dienstag vormittag sind im Krankenhaus drei Bergknappen ihren Verletzungen erlegen. Die Rettungsarbeiten werden mit der größten Energie durchgeführt; doch muß leider mit dem Tode der beiden Vermißten gerechnet werden.

Weitere Beileidstelegramme zum Grubenunglück.

Berlin, 1. September. Reichsinnenminister Dr. Frick sandte anläßlich des Unglücks auf der Zeche „Vereinigte Präsident" in Bochum folgendes Beileidstelegramm an die Betriebsführung:

„Tief ergriffen von dem schweren Unglück, das heute mittag ihre Zeche betroffen und den Tod pflichttreuer Bergleute gefordert hat, spreche ich Ihnen mein aufrichtiges Beileid aus. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen und Angehörigen meine herzliche Anteilnahme zu übermitteln."

Ministerpräsident Generaloberst Göring, hat an die Werksleitung der Zeche „Vereinigte Präsident" folgendes Telegramm gerichtet:

„Zu der schweren Explosionskatastrophe, die Ihre Belegschaft betroffen hat und der so viele brave deutsche Bergleute zum Opfer gefallen sind, spreche ich Ihnen in aufrichtigem Mitgefühl mein tiefes Beileid aus. Den Hinterbliebenen der Verstorbenen bitte ich meine warme Anteilnahme zu übermitteln und ihnen sowie den Verletzten und deren Angehörigen zu versichern, daß ich gemeinsam mit den anderen dazu berufenen Stellen für die Linderung und Behebung der durch das furchtbare Unglück entstandenen schweren Not Sorge tragen werde."

An die Deutsche Arbeitsfront richtete Ministerpräsident Generaloberst Göring folgendes Telegramm:

„Tief erschüttert von dem schweren Unglück in Bochum, das so viele treue Arbeitskameraden dahingerafft hat, bitte ich Sie, den Hinterbliebenen mein herzlichstes Beileid auszusprechen und den Verletzten meine besten Wünsche für eine baldige Wiederherstellung zu übermitteln."

Reichsarbeitsminister Seldte hat der Betriebsführung der Zeche folgendes Beileidstelegramm übersandt:

„Die Nachricht von dem schweren Explosionsunglück auf der Zeche „Vereinigte Präsident" hat mich tief erschüttert. Ich spreche Ihnen und Ihrer Gefolgschaft meine wärmste und aufrichtigste Teilnahme aus. Den Hinterbliebenen der Verunglückten bitte ich, meine Anteilnahme und den Verletzten meine besten Wünsche zur baldigen Genesung übermitteln zu wollen."

Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister Dr. Schacht hat an den Bergassessor Bruch in Bochum folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Tief bewegt durch die Nachricht von dem schweren Unglück, das Ihre Zeche betroffen hat, spreche ich Ihnen und der Gefolgschaft mein aufrichtiges Beileid aus. Die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Arbeit gefallenen Knappen bitte ich meiner herzlichen Anteilnahme zu versichern. Den Verletzten wünsche ich baldige Genesung."

Die Völkerbundsreform-Vorschläge Dänemarks.

Kopenhagen, 31. August. Der dänische Außenminister Dr. Munch stellte am Montag dem Generalsekretär des Völkerbundes die Vorschläge zur Völkerbundsreform zu.

In dem Schreiben wird einleitend darauf hingewiesen, daß sich die Außenminister der vier nordischen Länder auf ihrer Tagung in Kopenhagen am 20. August über die Hauptpunkte in dieser Angelegenheit einig gewesen seien. Die dänische Regierung sei der Ansicht, daß bei der augenblicklichen Lage weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit zu Aenderungen des Völkerbundspaktes gegeben sei. Sie empfehle daher, die Bestrebungen zur bestmöglichen Anwendung aller Bestimmungen des Paktes zu sammeln.

Vorgeschlagen wird, in der September-Vollversammlung die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen mit außerhalb des Völkerbundes stehenden Staaten über ihren Eintritt zu prüfen, und die Form zu erörtern, in der eine Mitwirkung des Völkerbundes bei Maßnahmen möglich sei, die von Nichtmitgliedstaaten zur Vermeidung eines Krieges getroffen werden sollten.

Bezüglich der Richtlinien für die Anwendung der Paktbestimmungen wird die Einsetzung eines Ausschusses vorgeschlagen. Er soll Bestimmungen für die Anwendung des Artikels 11 ausarbeiten, um im Falle einer gefahrdrohenden Lage die rechtzeitige Anwendung dieses Artikels zu erleichtern.

Hinsichtlich der Anwendung des Artikels 16 wird auf die Erklärungen der Außenminister der sieben sogenannten „neutralen" Staaten vom 1. Juli dieses Jahres sowie auf die Rede hingewiesen, die der Vertreter Dänemarks am 2. Juli dieses Jahres in der Vollversammlung des Völkerbundes gehalten hat.

Nach einem Hinweis auf die Zusammenarbeit der vier nordischen Staaten untereinander sowie auch mit Holland, Spanien und der Schweiz wird festgestellt, daß die vier nordischen Länder zur Zusammenarbeit mit allen Staaten bereit seien, die ihre Ansichten teilten. Eine Untermauerung dieser Zusammenarbeit durch besondere Abkommen wird nicht für notwendig erachtet. Angesichts der gegenwärtigen Lage sei nicht zu erwarten, daß die dänische Regierung Verpflichtungen übernehme, die über die im Völkerbundspakt enthaltenen hinausgingen.

Eine Stärkung und Erweiterung der Tätigkeit des Völkerbundes sei nicht weniger wichtig als die Erwägungen hinsichtlich einer Auslegung der Paktbestimmungen. Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen, daß die Vollversammlung die Behandlung der Fragen der Rüstungen wieder aufnehmen und den Bericht des Ausschusses für die Kontrolle des Waffenhandels und der Waffenfabrikation vom 13. 4. 1935 zur Ausarbeitung eines Abkommensentwurfes behandeln soll. Ferner soll der Rat die Staaten, die bisher die Abkommen über die finanzielle Unterstützung und die Förderung von Mitteln zur Verhinderung eines Krieges noch nicht ratifiziert haben, auffordern, dies innerhalb von sechs Monaten zu tun. Außerdem soll der Rat bemüht sein, die außerhalb des Völkerbundes stehenden Staaten zum Beitritt zu diesen Abmachungen zu bewegen.

Vorgeschlagen wird weiter, daß der Völkerbund die Frage eines Abkommens über die Währungsverhältnisse auf die Tagesordnung setzen soll. Ferner soll er einen Ausschuß von Sachverständigen einsetzen, der die Bedeutung der Frage eines freien Zuganges zu den Rohstoffgebieten in den Kolonien untersuchen und gegebenenfalls Vorschläge für ein internationales Abkommen ausarbeiten soll, das in dieser Frage Garantien bietet.

Schließlich wird vorgeschlagen, die Mittel zu erwägen, die geeignet seien, einen allgemeinen Beitritt zu einem Abkommen über die Anwendung des Rundfunks im Dienste des Friedens zu erreichen und eine wirksamere Propaganda in Literatur, Presse, Rundfunk und Film zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern zu erzielen.

Die römische Presse zur Mussolini-Rede.

Rom, 31. August. Die Stellungnahmen der römischen Abendpresse zur Rede Mussolinis stehen vollkommen unter der Losung: „Stark sein, immer stärker sein, um jedem Ereignis entgegentreten zu können." Die klaren Worte Mussolinis bedürften keiner Auslegung und würden durch Umschreibungen nur verlieren.

Innere Geschlossenheit des italienischen Volkes, die das Wunderwerk des Faschismus sei, und militärische Bereitschaft und Stärke sind die Leitgedanken, die das halbamtliche **Giornale d'Italia** in seiner Stellungnahme besonders herausarbeitet. Nachdem die alten Schulden beglichen seien, wünsche jedoch Italien seine Arbeitskraft und schöpferische Leistungsfähigkeit möglichst in Ruhe auf den neu erworbenen reichen Gebieten entfalten zu können. Niemand in Europa könne daran zweifeln, daß Mussolini auch weiterhin entschlossen sei, zur Erhaltung des Friedens unter den Völkern seinen Beitrag zu leisten.

Das Scheitern der Abrüstungskonferenz, das unaufhaltbar gewordene Wettrüsten und die zweifelhafte Entwicklung einiger politischer Situationen machten es jedoch notwendig, daß das italienische Volk der Losung Mussolinis „immer stärker werden" Folge leiste, um damit die Arbeit des Imperiums und die dafür notwendige Ruhe sicherzustellen. Diese Garantie könne auch dem europäischen Frieden zustatten kommen, wenn jenseits der Grenzen die Rede Mussolinis nicht nur überdacht, sondern auch verstanden werde. Die Zweideutigkeit gewisser politischer Situationen müsse aufhören. Es dürften nicht für Italien neue Konten eröffnet werden, die wie die alten geregelt werden müßten. Ein aufrichtiges, friedliebendes Europa könne für den Schutz seines Friedens auf das italienische acht Millionen-Heer zählen. Der von Mussolini verkündete kategorische Imperativ, dem das Leben des ganzen italienischen Volkes untergeordnet werde, bringe daher in die unsichere und dunkle Gegenwart Europas Ordnung, Klarheit und Sicherheit.

Der Kommentar der **Tribuna** gilt ausschließlich der Bedeutung dieses kategorischen Imperativs für die Tätigkeit Italiens auf allen Gebieten und besonders auf dem der moralischen und materiellen Verwirklichung des faschistischen Imperiums in Italienisch-Ostafrika. Die militärische und politische Machtstellung einer Nation müsse allerdings eine unzerstörbare Grundlage haben, nämlich die eines starken und zahlreichen Nachwuchses.

Spanische Marxisten werben in Frankreich.

Paris, 1. September. Die spanische Kommunistin Irriburi, genannt „Passionaria", ist am Montag in Begleitung des spanischen Unterrichtsministers Domingo, des ehemaligen Justizministers Lara und des Unterstaatssekretärs für Industrie und Handel, Siches, in Paris eingetroffen. Bei der Ankunft erklärte Domingo: „Wir sind nach Frankreich gekommen, um mit allen unseren französischen Freunden Fühlung zu nehmen."

Das Echo de Paris berichtet, daß diese „hervorragenden Vertreter der spanischen Marxisten" mehrere Stunden in Barcelona von den Anarchisten festgehalten worden seien, die ihre diplomatischen Pässe prüften. Das Blatt fordert, „daß Frau Irriburi die Herren Domingo, Lara und Siches gebeten werden, in ihre Heimat zurückzukehren." Man wünsche zu wissen, ob Ministerpräsident Blum zulassen werde, daß sich die Aktivität dieser Personen frei auf französischem Boden entwickeln dürfe. Die Achtung vor der „Neutralität", die die französische Regierung gegenüber Spanien zu handhaben erkläre, verpflichte Blum sicherlich auch, diese „Unerwünschten" so zu behandeln, wie der Innenminister Salengro es mit dem spanischen Militärattaché gemacht habe.

Ueber den Zweck des Besuches der spanischen Marxisten in Paris bemerkt der Jour, der Umstand, daß sich auch der Unterstaatssekretär für Handel und Industrie bei dieser Abordnung befinde, lasse erraten, welche Ziele diese Reise haben dürfte.

Französischer Journalist in Spanien umgekommen?

Paris, 1. September. Ein französischer Journalist, Guy de Traversay, der als Sonderberichterstatter des Pariser Abendblatts Intransigeant nach den Balearen geflogen war, um den Landungsversuchen der katalanischen Miliztruppen und dem Kampf um die Insel Mallorca beizuwohnen, soll ums Leben gekommen sein. Zwar stehen die näheren Umstände noch nicht fest, da man seinen Leichnam nicht gefunden hat, doch wollen einige Blätter wissen, daß de Traversay von den nationalistischen Truppen am 17. August bei einem Landungsversuch zusammen mit katalanischen Marxisten gefangengenommen und standrechtlich erschossen worden sei.

General Queipo de Llano über die Lage.

Lissabon, 1. September. In seiner Rundfunkerklärung über den Sender Sevilla führte General Queipo de Llano am Montag aus, daß es den nationalistischen Streitkräften in der Provinz Oviedo gelungen sei, mehrere Angriffe der Roten Miliz zurückzuschlagen.

Madrid sei erneut von Flugzeugen der Militärgruppe mit Bomben belegt worden. Das Ziel des Bombenangriffs sei vor allem das Kriegsministerium, das Innenministerium und der Nordbahnhof gewesen. Der General hob hervor, daß die systematisch durchgeführten Luftangriffe auf die Hauptstadt dort eine große Panik hervorgerufen hätten.

Die nationalistische Regierung in Burgos habe die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen durch die Rote Miliz festgestellt. Man habe einwandfrei die französische Herkunft dieser Dum-Dum-Geschosse feststellen können.

Der General teilte ferner mit, daß es gelungen sei, bei Puente Genil die marxistischen Streitkräfte vernichtend zu schlagen. Die für die Niederlage bei Oropesa verantwortlichen Anführer der Roten Miliz seien von ihren eigenen Leuten ermordet worden.

Burgos meldet weitere Erfolge.

Hendaye, 1. September. Das Hauptquartier der spanischen nationalen Streitkräfte gibt durch den Rundfunksender Burgos bekannt, daß nach der Einnahme von Las Espinas die nationalen Streitkräfte nunmehr in der Nähe von Sanz bei Oviedo stehen. Eine Kolonne der Nationalisten rücke gegen Gijon vor.

Der Sender Burgos teilt ferner mit: In Asturien wurden Erkundungsflüge ausgeführt. Ueber verschiedenen Stellungen der Roten wurden Bomben abgeworfen. Erkundungsflüge über Malaga haben gezeigt, daß dort infolge von Bombenabwürfen verschiedene Benzin- und Holzlager in Brand geraten waren. Die große Waffenfabrik Eibar wurde mit 250 kg Bomben belegt. Der Schaden soll beträchtlich sein.

Der Militärsender von Tetuan gibt bekannt, daß Valencia im Laufe des Sonntags von nationalistischen Flugzeugen bombardiert worden ist. Es sollen wichtige Gebäude beschädigt worden sein.

London, 1. September. Nach einer Meldung des Daily Telegraph besetzten die Nationalisten den Berg Buruntea, das letzte natürliche Hindernis zwischen den Linien der Militärgruppe und San Sebastian. In einem überraschenden Bajonettangriff beim Morgengrauen erstürmten die Nationalisten den Gipfel. Die Gefangenen, darunter eine Anzahl von Franzosen, seien erschossen worden. Die vordersten Stellungen der Nationalisten seien nach diesem Erfolg nur noch acht Kilometer von San Sebastian entfernt.

Paris, 1. September. Wie der Sonderberichterstatter von Havas aus Burgos meldet, konnte die 7. Division der nationalistischen Truppen an der Guadarrama-Front in der Provinz Avila ebenfalls entscheidende Erfolge erringen. Die Nationalisten seien im Laufe der letzten 48 Stunden über 15 km vorgerückt und hätten mehrere Dörfer besetzt. Infolge des schnellen Eingreifens der nationalistischen Flugzeuge hätten die Marxisten ihre motorisierten Einheiten nicht verwenden können und die Stellungen der Roten seien daher nach kurzem Kampf in die Hände der nationalistischen Truppen gefallen.

Wer nicht 10 Stunden arbeiten will, wird erschossen.

Lissabon, 31. August. Der im Besitz der Militärgruppe befindliche Rundfunksender Tetuan meldet aus Madrid, daß eine große Anzahl von Arbeitern, die sich geweigert hätten, den von den roten Machthabern angeordneten 10-Stundentag einzuhalten, erschossen worden seien.

Das Hauptquartier des Generals Franco teilt mit, daß die Nationalisten bis jetzt 60 Flugzeuge der Madrider Regierung abgeschossen hätten.

Marxistisches U-Boot schwer beschädigt.

Paris, 1. September. Der Sender des Rundfunkklubs Teneriffa berichtet, daß ein marxistisches Unterseeboot durch Bomben schwer beschädigt worden sei. Außerdem sei der Kreuzer „Miguel Cervantes" zum zweiten Mal bombardiert worden. Mehrere Bomben hätten die Kommandobrücke getroffen.

Für Auflösung der Kuomintang.

Tokio, 1. September. Wie das Blatt **Jiji Schimpo** berichtet, drängt der Direktor der Militärabteilung im Kriegsministerium, Generalmajor Isogai, den stellvertretenden Außenminister Horinutschi zu einer starken Haltung in der Tschengtu-Angelegenheit und in der Forderung nach Auflösung der Kuomintang als der Urheberin ähnlicher Zwischenfälle selbst bereinigen könne. Das Blatt weist in diesem Zusammenhang auf den Gegensatz zwischen der Haltung des Militärs und der zurückhaltenden Haltung des Außenamtes hin.

Die Zeitung **Tokyo Asahi Schimbun** stellt angesichts der sich aus den engen Beziehungen zu Nanking ergebenden Unmöglichkeit der an sich grundsätzlich erwünschten Auflösung der Kuomintang fest, daß Nanking in Zukunft die Verantwortung für solche Zwischenfälle selbst übernehmen müsse, statt sie auf die Kuomintang und auf die japanfeindlichen Verbände abzuschieben.

Neuordnung der Bank von Mexiko.

Mexiko, 31. August. Die Regierung erließ eine Verordnung, derzufolge die Bank von Mexiko einer Neuordnung unterzogen wird. Gleichzeitig reformierte die Regierung auch das Währungsgesetz, indem sie den im Vorjahre aus dem Verkehr gezogenen Silberpeso wieder einführte. Die Höhe des Zahlungsmittelumlaufes wurde mit mindestens 20 bis höchstens 50 Pesos je Kopf der Bevölkerung festgesetzt. Mit der Neueinführung des Silberpesos wurden die bisherigen Ein-Peso-Scheine aus dem Verkehr gezogen. Mit der Neuordnung der Bank von Mexiko und des Währungsgesetzes verband die Regierung auch eine Neuordnung des Rediskontwesens.

Umbesetzungen im paraguayschen Kabinett.

Asuncion, 1. September. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Landwirtschaftsminister Bernardino Caballero wurde Guillermo Tell Bertoni ernannt. Da German Soler die Uebernahme des Postens des Finanzministers abgelehnt hat, wurde der Justiz- und Unterrichtsminister Dr. Gardel zeitweilig mit der Leitung des Finanzministeriums betraut. Das Innenministerium übernimmt Dr. Mariano Molas, der gegenwärtig Paraguays Geschäftsträger in Montevideo ist.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.

Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.